

ANTRAG

der Fraktionen der CDU und SPD

Wirtschaftsunion statt Schuldenunion - keine Haftung Deutschlands für gesamteuropäische Schulden

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag begrüßt das Engagement der Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen, den Überlegungen der Europäischen Kommission zur Schaffung einer Europäischen Einlagensicherung entgegenzutreten (Bundestagsdrucksache 18/6548).
- II. Der Landtag bittet die Landesregierung, dieses Engagement in geeigneter Weise zu unterstützen. So ist gegenüber den einschlägigen Ministerkonferenzen sowie gegenüber der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass
 - a) die beschlossenen Maßnahmen zur Errichtung einer Bankenunion mit gemeinsamer Aufsicht und gemeinsamen Krisenmechanismen im Nachgang der europäischen Finanzkrise in allen Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene wirksam umgesetzt werden,
 - b) Pläne über eine gemeinsame europäische Einlagensicherung oder Einlagenrückversicherung weiterhin abgelehnt werden,
 - c) dem hohen Stellenwert, den Sparkassen und Genossenschaftsbanken für das Land Mecklenburg-Vorpommern haben, hinreichend Rechnung getragen wird.

Vincent Kokert und Fraktion

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Begründung:

Das Engagement zur Schaffung einer europäischen Wirtschaftsunion ist ein wichtiger Beitrag zur europäischen Integration. Von den Chancen einer Wirtschaftsunion haben Mecklenburg-Vorpommern und seine Exportwirtschaft schon aufgrund der geographischen Lage unseres Bundeslandes im Herzen Europas in den letzten Jahren profitiert. Dabei ist es selbstverständlich, dass wer von einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert, auch entsprechende Pflichten hat. Im Hinblick auf eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik in Europa bedeutet dies, dass wir von den europäischen Partnern eine Umsetzung dessen erwarten, was die europäischen Gremien beschlossen haben. Es gilt: Wer die Chancen hat, muss auch für entsprechende Risiken haften. Die Abkehr von diesem Prinzip leistet keinen Beitrag zur Stabilität der Banken und der europäischen Integration. Vielmehr setzt er falsche Anreize für nationale Alleingänge und gegen eine nachhaltige Wirtschaftspolitik. Daher dürfen das Nutzen von Chancen und das Tragen von Verantwortung bei dem Scheitern ebendieser nicht voneinander entkoppelt werden.

In Europa existieren divergierende Auffassungen über die Stabilität der gemeinsamen Währung, über solides Haushalten und nachhaltiges Wirtschaften. Diese gegensätzlichen Auffassungen sind nur so lange vertretbar, so lange durch sie nicht die Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken droht.